



Vorstand und Redaktion
grüßen alle ISOR-
Freundinnen und
Sympathisantinnen
herzlich anlässlich
des Internationalen
Frauentages

Weitere Umsetzung der Beschlüsse der Vertreterversammlung

Ausgehend von den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vom Juni und Juli 2004 und der daraufhin stattgefundenen außerordentlichen Vertreterver-

sammlung beabsichtigt der Vorstand der ISOR e.V., ehemalige Verantwortungsträger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR zu Gesprächen

einzuladen. Ziel ist es, weitere Initiativen zur Verstärkung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht und die Versorgungsungerechtigkeiten auszulösen. Eine erste derartige Beratung fand mit ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS am 16.02.05 in Berlin statt. Die Teilnehmer der Beratung verabschiedeten den nachfolgenden Offenen Brief:

Offener Brief

- **An alle ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)/Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) der DDR, deren Angehörige und Hinterbliebene**
- **An alle solidarischen Mitstreiter für soziale Gerechtigkeit und gegen Rentenstrafrecht**

Auf Einladung des Vorsitzenden der ISOR e. V., Horst Parton, und des ehemaligen Leiters des AfNS, Dr. Wolfgang Schwanitz, fand heute in Berlin eine Beratung des ISOR-Vorstands mit ehemaligen Verantwortungsträgern im MfS/AfNS und in den Bezirksverwaltungen statt. Der ISOR-Vorsitzende gab eine Einschätzung zur Lage nach den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Juni und vom 27. Juli 2004 und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für den weiteren Kampf zur Beseitigung des noch verbliebenen Rentenstrafrechts. Der ehemalige Leiter des AfNS sprach zu einigen politischen Aspekten im Zusammenhang mit der Diskriminierung, Ungleichbehandlung und sozialen Ausgrenzung ehemaliger Mitarbeiter des MfS/AfNS.

In einem regen Meinungsaustausch wurden die bisherigen Ergebnisse des 14-jährigen Wirkens der ISOR e.V. sowie vieler Mitstreiter und Sympathisanten in Vereinen, Verbänden, Organisationen und Parteien gegen soziale Ungerechtigkeiten, Ausgrenzung und Rentenstrafrecht gewürdigt.

Wir sind uns darin einig, dass sich trotz der errungenen Erfolge die Bedingungen für den Kampf gegen verbliebenes Rentenstrafrecht verschärft haben. Es kommt jetzt darauf an, die Kräfte zu bündeln, um gegenüber Politik und Justiz den notwendigen Druck auszuüben, die willkürliche Ungleichbehandlung von rund 200.000 ehemaligen DDR-Bürgern zu beseitigen. Wir rufen alle Betroffenen, die vielen Mitstreiter und Sympathisanten mit diesem Offenen Brief auf:

- Stärkt die Reihen der ISOR e.V.! Wir fordern alle noch abseits stehenden ehemaligen Mitarbeiter des MfS/AfNS auf, die Kraft der nahezu 25.000 ISOR-Mitglieder zu erhöhen.
- Übt Solidarität untereinander und mit anderen von sozialer Ungerechtigkeit Betroffenen. Als Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden tritt ISOR gemeinsam mit vielen Anderen für soziale Gerechtigkeit und Gleichbehandlung ein.
- Nutzt Euer verfassungsmäßiges Recht und gebt der Forderung nach Beseitigung ver-

bliebenen Rentenstrafrechts durch viele individuelle Petitionen an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags nachhaltigen Ausdruck.

- Weist Lügen und Verleumdungen über die DDR und das MfS/AfNS sachlich und entschieden zurück; helft, die Wahrheit zu verbreiten.

Wir werden unsere Kräfte und Möglichkeiten nutzen, die Solidarität in diesem gemeinsamen Kampf wirksam zu unterstützen.

Im Auftrag der Anwesenden

Horst Parton,
Vorsitzender der ISOR e.V.

Dr. Wolfgang Schwanitz,
ehemaliger Leiter des AfNS

Berlin, 16. Februar 2005

Der Vorstand gibt eine Empfehlung für ein festliches Konzert zum

60. Jahrestag der Befreiung

Am **Sonnabend, dem 7. Mai 2005**, 20.00 Uhr findet dieses Konzert im Konzerthaus Berlin (Schauspielhaus) statt, wofür es leider noch nicht gelungen ist, eine staatliche bzw. kommunale Unterstützung des Landes Berlin zu erhalten.

Es spielen: Russische Musiker, die Internationalen Symphoniker in Deutschland, das international bekannte Rachmaninow-Trio (Moskau) und der Goldmedaillengewinner des Tschaikowsky-Wettbewerbs 1998, Nikolai Sachenkov.

Der **Kartenvorverkauf** beginnt am 7. März – telefonisch unter (030) 678 01 11 oder www.berlinerkonzerte.de und an der Kasse des Konzerthauses zum Preis von 12 bis 32 EURO.

Auf Wunsch weitere Informationen unter (030) 20672804

Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand beschloss einstimmig auf seiner Sitzung am 23.02.05 den Finanzplan für das Jahr 2005. Über zu erwartende Sonderausgaben soll beschlossen werden, wenn diese konkret zu beziffern sind. Nach wie vor sind die Mitgliedsbeiträge die wichtigste Einnahmequelle von ISOR. Auch aus dieser Sicht gebührt der Gewinnung neuer Mitglieder Vorrang, um die Arbeit mittel- und langfristig finanziell abzusichern.



Prof. Dr. Wolfgang Edelmann berichtete über Fortschritte in den Verhandlungen mit dem Bundesverwaltungsamt und der Birthler-Behörde zur Herausgabe relevanter Daten. (siehe nachfolgende Information)

Möglicherweise kann bereits im II. Quartal mit der Auswertung erster Unterlagen begonnen werden. Unter Einbeziehung von Fachleuten aus dem Mdl wurde begonnen, vergleichende Unterlagen zu erschließen, was analog auch für die NVA erfolgen soll.



Der Vorstand trat Auffassungen entgegen, von der gemeinsamen Arbeitsgruppe Prof. Dr. Edelmann/Dr. Wellschmied kurzfristig Ergebnisse bzw. nur die Bestätigung subjektiver Ansichten zu erwarten. Ergebnisse in Form rechtserheblicher Tatsachen, über die noch zu diskutieren sein wird, können erst am Ende einer aufwändigen wissenschaftlichen Arbeit stehen, um de-

ren inhaltliche und personelle Unterstützung sich der Vorstand weiter bemühen wird.



Trotz der bisher erreichten Ergebnisse hält der Vorstand die Fortführung der Petitionen weiterhin für erforderlich.



Erste Reaktionen

Nach langjährig erfolglosen Bemühungen haben die weit über tausend Petitionen und die große Anzahl von Briefen direkt an die Birthler-Behörde schließlich dazu geführt, dass die Herausgabe der zur Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS erforderlichen Unterlagen in Aussicht gestellt wird. Das ist ein erster Erfolg.

Im Schreiben vom 16.02.05 des mit der Bearbeitung des Antrags von ISOR e.V. beauftragten Mitarbeiters der Behörde heißt es:

»Zu den in der Publikation von Dr. Jens Gieseke »Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit, Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90« genannten Quellen habe ich Archivrecherchen bereits eingeleitet. Nach entsprechender Rückmeldung aus dem Archivbereich werde ich die Unterlagen anfordern. Ich gehe davon aus, dass ich Ihnen im zweiten Quartal d. J. Terminvorschläge für die Einsichtnahme unterbreiten kann.

Die Recherche nach weiteren sachdienlichen Unterlagen im erschlossenen Bestand wird parallel durchgeführt. Die Sichtung dieser Unterlagen wird voraussichtlich mehr Zeit erfordern, so dass ich diesbezüglich noch keine Ter-

minprognose abgeben kann. Entscheidend wird sein, welches Ergebnis die Recherche erbringt (bezüglich des Umfangs der in Frage kommenden Unterlagen). Darüber werde ich Sie zu gegebener Zeit informieren.«

Nun erwarten wir gespannt die Einhaltung dieser Zusage. Die für das zweite Quartal d. J. angekündigte Einsichtnahme wird durch Prof. Dr. Edelmann/Dr. Wellschmied (gemeinsame Arbeitsgruppe) umgehend wahr genommen. Darüber werden wir weiter in ISOR aktuell berichten. Erst wenn ISOR im Besitz der bei der Birthler-Behörde verwahrten und für die Einkommensklärung bedeutsamen Dokumente ist, haben die zahlreichen Bemühungen unserer Mitglieder ihr Ziel erreicht.

Mitteilung der Geschäftsstelle

Die 2. erweiterte Ausgabe des im Kai Homilius Verlag erschienenen Buches

Wertneutralität des Rentenrechts. Strafrente in Deutschland?

(ISBN-Nr.: 3-89706-881-8)

liegt inzwischen in der Geschäftsstelle vor. Die 2. Auflage ist durch neue Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundessozialgerichts zu Rentenfragen ergänzt worden.

Für ISOR-Mitglieder erfolgt der Vertrieb wiederum über den Verein. Sammelbestellungen können über die TIG bei der Geschäftsstelle abgegeben werden. Der Subskriptionspreis für Mitglieder beträgt wie bisher 6,20 €

Problem der verstärkten Mitgliedergewinnung. Eingeschätzt wurde, dass der Rückgang von Mitgliedern gestoppt, Abgänge durch Gewinnung von neuen Mitgliedern ausgeglichen werden könnten, dass es aber in jeder TIG verstärkter Anstrengungen bedarf, den Stand zu halten. Die Möglichkeiten bzw. Wege, neue Mitglieder zu gewinnen, so die Einschätzung, sind begrenzt. In einigen TIG haben sich Vorstandsmitglieder und Mitgliederbetreuer dieser Aufgabe persönlich angenommen, um sie zu koordinieren. Gefordert ist aber jedes Mitglied, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Mitglieder zur regelmäßigen Mitarbeit, z. B. als Mitgliederbetreuer/Kassierer oder für andere Aufgaben zu gewinnen, war ein weiterer Schwerpunkt in der Diskussion, ist es doch ein Problem, welches in allen TIG auf der Tagesordnung steht.

Grohmann, TIG Rostock, Vorsitzender



► Fortsetzung auf Seite 3



Auf der Beratung des Landesbeauftragten Mecklenburg/Vorpommern, Siegfried Felgner, mit Beiratsmitgliedern und einigen TIG-Vorsitzenden am 29. Januar 2005 in Kuhns informierte dieser über Probleme der Vorstandssitzung ISOR e.V. vom 26.01.2005 und erläuterte die wesentlichsten Aufgaben in Verwirklichung der Beschlüsse sowie Orientierungen der außerordentlichen Vertreterversammlung vom Oktober 2005.

Die Teilnehmer der Beratung nahmen ausführlich zu den in ihren TIG erzielten Ergebnissen und den dabei gewonnenen Erfahrungen in Auswertung der Vertreterversammlung Stellung. Sie sprachen über ihre umfangreichen Aktivitäten, möglichst jedes Mitglied und eine Vielzahl von Sympathisanten zum Schreiben von Petitionen an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu gewinnen und mit

Forderungsschreiben an den Innenminister sowie die Birthler-Behörde, diese zur Freigabe von Unterlagen zu bewegen, die es ermöglichen, neue Gutachten zu erstellen.

Als Erfolg wurde gewertet, dass die Beteiligung der Mitglieder und Sympathisanten im Verhältnis zu ähnlichen Aktionen in der Vergangenheit weitaus stärker war. Dieses Ergebnis, so die Teilnehmer der Zusammenkunft, konnte im Wesentlichen aber nur erzielt werden durch das persönliche Engagement von Funktionsträgern und Mitgliedern, welche mit hohem Zeitaufwand diese Arbeit organisierten. Einig war man sich, dass Erfolge dieser Art nur erreicht werden konnten und zu wiederholen sind, wenn das Gespräch mit den Mitgliedern gesucht und geführt wird.

Im weiteren Verlauf der Beratung widmeten sich die Teilnehmer in ihrer Diskussion dem

► Fortsetzung von Seite 2

Die Mitglieder der TIG **Suhl, Ilmenau** und **Meiningen** haben sich im Januar 2005 zusammengefunden, um gemeinsam mit unseren Vorsitzenden Horst Parton die aktuelle Lage im weiteren Kampf um die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts zu erörtern und unseren Mitgliedern eine Orientierung für weitere Aktivitäten zu geben. In dieser Veranstaltung mit 130 Teilnehmern konnten die TIG-Vorsitzenden, der Vorsitzende der Koordinierungsgruppe der Vereine und Verbände der Stadt Suhl, der Ehrenvorsitzende der Volkssolidarität der Stadt Suhl und der Region Südniedersachsen, die Vorsitzenden des BRH, der GRH und des DBwV (der Region) sowie E3-Betroffene des Staatsapparates der DDR begrüßt werden. Die Ausführungen von Horst Parton zur E3-Problematik – ausgehend von den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts – wurden von den Betroffenen mit Zustimmung aufgenommen, und sie bekundeten zugleich ihre Solidarität bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Im Verlauf der Veranstaltung gab der Vorsitzende unserer TIG, Gerhard Neupert, eine Analyse der altersmäßigen Zusammensetzung, die bedeutsam für den noch langen Weg bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts ist. So konnte unsere TIG den Stand von 400 Mitgliedern schon über viele Jahre konstant halten. Neuaufnahmen 2003/2004 waren überwiegend Mitglieder rentenferner Jahrgänge. Statistisch sieht die altersmäßige Zusammensetzung wie folgt aus:

- 30 % über 70 Jahre
- 40 % zwischen 60 und 70 Jahre
- 30 % unter 60 Jahre

Peter Schlegel, Mitglied des Beirats und des Vorstands der TIG Suhl



Im November führten wir in der TIG **Rügen** unter Teilnahme des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern Siegfried Felgner eine gut besuchte Gesamtmitgliederversammlung durch. Schwerpunkt war die Auswertung der außerordentlichen Vertreterkonferenz im Oktober 2004 in Berlin. Im Ergebnis dieser Veranstaltung ist festzustellen, dass vor allem noch vom Rentenstrafrecht Betroffene dem Aufruf zum Schreiben von Petitionen gefolgt sind. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang, dass sich auch nicht mehr vom Rentenstrafrecht betroffene Mitglieder mit Petitionen gegen die Aufrechterhaltung des § 7 AAÜG an den Deutschen Bundestag wandten. Das nenne ich aktive Solidarität und rufe auf, diesem Beispiel zu folgen.

Werner Schlesinger



Am 29. Januar 2005 fand unsere Jahressammlung der TIG **Bln.-Treptow** statt, auf der insbesondere die aktuellen Probleme und Auf-

gaben zur restlosen Beseitigung des Rentenstrafrechts zur Beratung standen. Ausgehend von der außerordentlichen Vertreterversammlung der ISOR sprach hierzu eindringlich, überzeugend, aber auch emotional Professor Horst Bischoff. Die Diskussion war von kämpferischem Optimismus durchdrungen und ging insbesondere auf Inhalt und Form einzelner Aktivitäten ein, die zeigten, dass es unter anderem gelingt, Erscheinungen der Resignation, besonders bei ehemaligen Angehörigen des MfS, abzubauen und in Aktivitäten umzusetzen.

Karl Jaschob



Auf der Grundlage der auf der außerordentlichen Vertreterversammlung in Anbetracht der neu entstandenen Situation durch den Vorsitzenden Horst Parton gestellten Aufgaben hat der Vorstand der TIG **Chemnitz** bereits im Oktober des vergangenen Jahres begonnen, die Mitglieder auf die erneute Abfassung von Petitionen vorzubereiten.

Von vornherein wurde dabei Hauptaugenmerk auf das Einreichen von Einzelpetitionen gelegt, obwohl auch dem Wunsch vieler Mitglieder hinsichtlich Sammelpetitionen entsprochen wurde.

Im eigenen Mitteilungsblatt der TIG Chemnitz wurden dazu inhaltliche Hinweise und Formulierungshilfen gegeben und unter Einbeziehung von Vertretern aus den TIG des Regierungsbezirks in einer Beratung mit 80 Gruppenbetreuern und in zwei Mitgliederversammlungen praktische Ratschläge erteilt. Inhaltlich ging es dabei um zwei grundsätzliche Probleme:

- die Forderung nach endgültiger Beseitigung der Entgeltkürzung für den im § 7 Abs. 1 AAÜG erfassten Personenkreis und
- um die Forderung nach Herausgabe der Daten über die tatsächlichen Einkommensverhältnisse und der Qualifikationsstruktur im MfS.

Diese Aktivitäten der TIG werden von der PDS und von den in der »Rentnerinitiative Chemnitz« vertretenen Vereinen und Verbänden unterstützt. In diesem Zusammenhang ist es besonders erfreulich, dass durch Freunde der GBM, Ortsverband Chemnitz, eigenständig eine Sammelpetition zur Bekanntgabe der Daten über die Qualifikations- und Einkommensstruktur an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gerichtet wurde, die von einer Vielzahl unserer Mitglieder, den Familienangehörigen und anderen Personen unterschrieben wurde.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurden in den TIG des Regierungsbezirks Chemnitz zu den genannten Schwerpunkten zahlreiche Einzelpetitionen abgefasst und darüber hinaus

- rund 1.650 Unterschriften zur Beseitigung der noch bestehenden Entgeltbegrenzung für die ehemaligen MfS-Angehörigen nach § 7 AAÜG

► und rund 2.000 Unterschriften mit der Forderung nach Herausgabe der Daten zur Qualifikations- und Einkommensstruktur eingeholt. Selbst Mitglieder, die jetzt ihren Wohnsitz in den »alten« Bundesländern haben, beteiligten sich an der Aktion.

Als besonders positiv ist zu werten, dass im Ergebnis der persönlichen Gespräche zur Unterschriftenleistung für die Sammelpetitionen weitere Mitglieder für ISOR gewonnen werden konnten.

Bei den Gesprächen mit Bürgern, die nicht zum Kreis der ehemaligen Angehörigen des MfS gehören, brachten diese in verschiedenen Fällen die Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass das Rentenstrafrecht nach wie vor in Form der Verweigerung der rentenrechtlichen Gleichstellung für die ehemaligen Angehörigen des MfS fortbesteht. Daraus ergab sich letztendlich die Zustimmung, unseren Kampf um Rentengerechtigkeit durch ihre Unterschriftenleistung in den entsprechenden Sammelpetitionen zu unterstützen. **Horst Beckert**



Auf der Jahreshauptversammlung der TIG **Berlin-Köpenick** vermittelte Prof. Dr. Bischoff eine klare und umfassende Analyse zum Stand und den Aussichten unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht. Die Tagung stand im Zeichen fester Solidarität der ehemaligen Angehörigen der VP, des Zolls und der NVA mit den ehemaligen MfS-Mitarbeitern. Sie haben in unzähligen Petitionen und Schreiben an die Bundesregierung, namhafte Politiker und auch Richter aufgefordert, nach nunmehr 14 Jahren endlich Schluss mit der Strafjustiz im Sozialrecht zu machen.

Hohe Anerkennung fand durch die Tagungsteilnehmer auch das Wirken des ehemaligen DDR-Botschafters Dr. Joachim Mitdank, der als Gast teilnahm. Seine Gespräche mit ehemaligen Verantwortungsträgern der BRD sowie auch heutigen politisch Verantwortlichen in Parlamenten und Parteien, keine Ausgrenzungen von ehemaligen MfS-Angehörigen zu lassen, verdient unseren besonderen Respekt. Es sei daran erinnert, so Mitdank, dass ohne die verantwortungsbewusste Haltung der Mitarbeiter der Passkontrolle niemals die damaligen Verträge im Reise- und Transitverkehr politisch zum Tragen gekommen wären. An dieser Beweislage kam auch ein Herr Struve als damaliger Verhandlungspartner nicht vorbei. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass zur Wendezeit kein einziger Schuss gefallen ist. Diese Mitarbeiter sind heute vom Rentenstrafrecht ebenso voll betroffen.

Interessant und überlegenswert sind auch die Diskussionen zum so genannten E3-Urteil, zu welchem nun die Bundesregierung im Juni 2005 Position beziehen muss. Dieses Urteil

► Fortsetzung von Seite 3

möge durchaus widerspruchsvoll sein, dennoch ist es ein Sieg auf der Wegstrecke unseres langjährigen Kampfes. Wir freuen uns für die Genossen und Freunde, die es betrifft. Dass die Mitarbeiter des MfS aber davon nicht profitieren sollen, können wir uns eigentlich nicht vorstellen. Letztlich werten wir das auch als ein Zeichen dafür, dass sich die Bemühungen unserer Rechtsanwälte und unser massenhaftes persönliches »Streiten« auszuzahlen beginnt. Außerdem sind wir optimistisch, dass die Weichen zur Herausgabe der nötigen Unterlagen für ein eventuell neues Urteil in Karlsruhe sicherlich auch bald gestellt sein werden. Dass schließlich unser Kampfgeist, unsere Moral und Solidarität ungebrochen ist, beweist letztlich auch die Tatsache, dass wir wieder einen Zugang von neuen ISOR-Mitgliedern in unserer TIG zu verzeichnen haben und dass die Mehrheit der Mitglieder davon überzeugt ist, in absehbarer Zeit wieder einen Schritt im Kampf gegen Rentenunrecht und Benachteiligung nach vorn zu kommen – denn wer sich selbst aufgibt und aufhört zu kämpfen, hat schon verloren.

Klaus Buchner

★

Auf einer ersten Betreuerberatung der TIG **Marzahn** noch im Oktober wurden die Beschlüsse der außerordentlichen Vertreterversammlung ausgewertet und eine AG Petitionen gebildet.

An alle Mitglieder wurden Mustervorlagen für Petitionen übergeben. Des weiteren wurde zur Mitgliederwerbung ein Brief an ehemalige Mitstreiter verfasst.

Auf einer Betreuertagung zum Jahresabschluss wurde eine erste Auswertung der Schreiben an den Bundestag vorgenommen. Unter dem Motto »Mitglieder werben Mitglieder« rief der Vorstand die Mitglieder auf, mit abseits Stehenden zu sprechen und sie als Mitglieder zu gewinnen.

Die regelmäßig durchgeführten Vorstandssitzungen beschäftigten sich besonders mit der Arbeit in den Gruppen und legten Maßnahmen zur Unterstützung fest. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Vorstandsmitglieder betreuen in Zukunft bestimmte Gebiete. Dazu werden weitere Mitglieder für eine Aufgabe im Vorstand gewonnen. Es wird Wert auf eine Verjüngung gelegt.

Die Arbeit der Betreuer ist der Schwerpunkt unserer Arbeit. Dort wo ein kameradschaftliches Verhältnis der Betreuer zu unseren Mitgliedern besteht, konnten gute Ergebnisse erreicht werden. 70 % der Mitglieder haben eine Petition geschrieben. Dazu konnten Sympathisanten für Petitionen gewonnen werden. Gegenwärtig erfolgt die statistische Erfassung.

Mit der Betreuerung am 17.02.05 wurde eine bessere Information der Betreuer eingelei-

tet. Die 65 Teilnehmer wurden durch eine Einschätzung der erreichten Ergebnisse in unserer TIG und durch einen Vortrag von Dr. Rainer Röthe für ihre weitere Tätigkeit informiert.

Durch die aktive Arbeit der Betreuer konnten wir Neuwerbungen durchführen. Der Zugang ist aber noch zu gering. Die AG Mitgliederwerbung ist noch nicht in voller Aktivität. Durch den Vorstand werden mit den Mitgliedern, die austreten wollen, persönliche Aussprachen geführt. Ergebnisse zur Rücknahme der Austritte liegen vor.

Auf die Gruppen wird auch zur vollständigen Kassierung hingewirkt. Der Vorstand kontrolliert den Stand regelmäßig.

Horst Reichardt, Mitglied des Vorstands

★

Schwerpunkt der Arbeit in der TIG **Neubrandenburg** in den letzten Wochen war natürlich auch die Auswertung der Außerordentlichen Vertreterversammlung vom Oktober 2004. Wir beschlossen, an Stelle einer Gesamtmitgliederversammlung sechs Zusammenkünfte in den Stadtteilen von Neubrandenburg und in Altenkreptow durchzuführen. Unser Ziel war, eine größere Aktivität unserer Mitglieder zu erreichen, insbesondere zur Erarbeitung und dem Versenden von Petitionen. Es wurden Muster/Empfehlungen für individuelle Petitionen (1 Seite) mit einem Anhang, der rechtliche und Sachargumente enthält, erarbeitet und allen Mitgliedern und Sympathisanten zur Verfügung gestellt. Diese Versammlungen haben, bezogen auf Teilnahme, Diskussion und daraufhin ausgelöste Aktivitäten, ihr Ziel erreicht.

Dem Beschluss der außerordentlichen Vertreterversammlung wurde voll zugestimmt. Die dem Vorstand vorliegenden Informationen besagen, dass bisher mehr als 100 Petitionen an verschiedene Adressaten, vor allem an den Petitionsausschuss des Bundestags, versandt wurden. Teilweise liegen bereits Antworten zum Schrifteingang vor. Derzeit sind die Kassierer und weitere Freunde anderen beim Abfassen ihrer individuellen Petitionen behilflich, so dass wir die Anzahl der schriftlichen Petitionen natürlich noch erhöhen werden. Im Vorstand wird die Diskussion dazu, auch in Auswertung der Beratung mit ehemaligen Entscheidungsträgern vom 16.02.05, fortgeführt, warum noch immer nicht alle vom Rentenstrafrecht Betroffenen in eigener Sache auch in Form von Petitionen aktiv werden. Im Vorstand und in den Versammlungen wurde klar erkannt, dass unser Kampf nur erfolgreich sein kann, wenn wir ihn in alle gesellschaftlichen Aktivitäten zur Beseitigung jeglicher sozialer Ungerechtigkeit einordnen. Deshalb hat der Vorstand am 24.02.05 auch Maßnahmen festgelegt, die sich mit unserer Aktivität im Seniorenbirat der Stadt Neubrandenburg befassen.

Karl-Wilhelm Wolff

Aus der Postmappe:

Zu den Äußerungen des MdB Wiefelspütz, SPD, (s.a. **ISOR aktuell** 2/05, S.5) habe ich an ihn geschrieben und auf die Tatsache der Existenz eines Rentenstrafrechts hingewiesen, was im Widerspruch zu seinen Aussagen in der bewussten Sendung stehe. Als mögliche Informationsquelle nannte ich ihm den Petitionsausschuss des Bundestages. Meine Bitte um eine entsprechende Antwort blieb bis heute unerfüllt und wird es wohl auch bleiben. Auch Herr Wiefelspütz ist nicht bereit, bestehendes Unrecht zu beseitigen. **Wolfgang Vogel, Haselünne**

★

Unsere z.Z. laufende Aktion, Petitionen an den Deutschen Bundestag zu richten, um im Zusammenhang mit der anstehenden Novellierung des AAÜG auf Grund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zu den sog. E3-Fällen evtl. auch eine analoge Korrektur das § 7 AAÜG zu erreichen, hat uns – meine Frau und mich – inspiriert, zusätzlich einen gemeinsamen Brief an alle Bundestagsfraktionen mit sinngleichem Inhalt wie die Petitionen zu richten. Als erste Antwort erhielten wir die der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie bestätigt die Richtigkeit des Resumes, das unser Freund Siegfried Volkelt aus Lichtenberg in seinem Brief an den SPD-Bundestagsabgeordneten, Dr. Wiefelspütz, (**ISOR aktuell** 2/05) zieht.

Auch im 15. Jahr der deutschen Einheit ist offenbar niemand bereit, dieses Unrecht zu beseitigen. Der lapidare Dreizeiler lautet:

»... Die Bundesregierung wird das von Ihnen zitierte Urteil bezüglich des AAÜG selbstverständlich im Sinne der Rechtsprechung umsetzen. Eine darüber hinaus gehende politische Initiative kann ich Ihnen nicht in Aussicht stellen.

Mit freundlichem Gruß

i.A. Nina v. Knobelsdorff«

Es ist also noch ein enormer politischer Druck notwendig, um hier ein Umdenken zu erreichen. Deshalb mein persönlicher Appell an alle, die bisher noch abwartend sind: Greift zu Papier und Schreibzeug oder was Ihr sonst an Schreibmöglichkeiten habt und verfasst »Eure Petition!« Jede Stimme zählt! Nur mit dem Druck der Masse können wir m.E. noch etwas bewegen.

Martin Maser, Berlin

Bei anderen gelesen:

Volkssolidarität:

Kurs auf gleiche Renten in Ost und West nehmen

»Die Renten in Ostdeutschland müssen ebenfalls an das westdeutsche Niveau herangeführt werden.« Das erklärte der Präsident der Volksolidarität Professor Gunnar Winkler am Don-

► Fortsetzung auf Seite 5

► Fortsetzung von Seite 4

nerstag in Berlin. »Die erzielte Vereinbarung von Bund und Kommunen mit ver.di, die Ost-Löhne und -Gehälter im Öffentlichen Dienst an das Niveau in den alten Ländern anzugeleichen, ist zu begrüßen. Sie zeigt, dass es möglich ist, trotz aller Haushaltsprobleme Schritte hin zu gleichen Einkommen zu gehen.« Die erzielte Lösung könnte durchaus als Vorlage für die Angleichung des Rentenwertes Ost

an den Rentenwert der alten Länder dienen, sagte Professor Winkler. »Würde der bestehende Rückstand von 12,1 Prozent z. B. durch einen jährlichen zusätzlichen Steigerungsbeitrag in Höhe von 1,5 Prozent zu den Ost-Renten ausgeglichen, könnte etwa im Jahre 2013 ein Gleichstand erzielt werden. Warum sollen 23 Jahre eigentlich nicht ausreichend sein, um gleiche Lebensleistungen in Ost und West bei der Rente auch gleich zu bewerten?«

Die Volkssolidarität will Rentengerechtigkeit weder auf Kosten der Erwerbstätigen noch zu Lasten der Versicherten in der gesetzlichen Rente. Gefordert ist vielmehr die Bundesregierung, einen Fahrplan vorzulegen, wie eine Angleichung über den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung aus Steuermitteln finanziert werden könnte.«

(Quelle: VS-Presseinformation 12/05)

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 94. Geburtstag:

Maria Klaus, Bln.-Mitte

zum 91. Geburtstag:

Heinz Schröder, Bln.-Marzahn

zum 90. Geburtstag:

Ernst Hermann, Bln.-Mitte

Andreas Scheib, Stralsund

zum 89. Geburtstag:

Alfred Dahl, Wildau

zum 88. Geburtstag:

Senta Blumtritt, Gera

Alfred Neumann, Fürstenwalde

zum 87. Geburtstag:

Walter Dornig, Streitfeld/Löbau

Heinz Gütschow, Bln.-Fr'felde

Rudolf Sturm, Dresden

zum 86. Geburtstag:

Rudi Drechsel, Hohen Neuend.

Ruth Groß, Bln.-Mitte

Rudolf Trinks, Bln.-Fr'hain

zum 85. Geburtstag:

Irma Aumert, Bln.- Hschih.

Ernst Brechel, Bernau

Erich Claus, Dresden

Hildegard Eilitz, Bln.-Fr'hain

Ernst Fuchs, Rostock

Lieselotte Halemba, Frankfurt/O

Edmund Herzl, Bln.-Pankow

Peter Jäger, Jena

Johannes Lohse, Bln.-Treptow

Else Schreiber, Bln.-Treptow

Fritz Storch, Hoyerswerda

Walter Valenta, Bln.-Fr'felde

zum 80. Geburtstag:

Ella Arndt, Bln.-Hschih

Hilde Beier, Mirow

Harry Bindler, Dresden

Fritz Bindseil, Bln.-Fr'hain

Waltraut Czekalla, Bln.-Fr'felde

Günter Deysing, Cottbus

Helmut Freund, Dresden

Gertraute Garz, Bln.-Karlshorst

Liddy Gebhardt, Bln.-Fr'hain

Albert Gerlach, Nordhausen

Roland Illig, Frankfurt/O

Ursula Jubold, Jena

Hans Kempfer, Bln.-Weißensee

Marianne Kolb, Bln.-Treptow

Günter Kosal, Bln.-Mitte

Werner Kramer, Bln.- Hschih.

Martha Kranz, Eilenburg/Kossa

Herta Lehnert, Gera

Heinz Linow, Bln.- Hschih.

Karl Mangold, Erfurt

Hans-Joachim Möller, Magdebg.

Gertraud Rädler, Bln.-Mitte

Anni Sacher, Bln.-Treptow

Martl Schönherr, Chemnitz

Heinz Schulze, Oranienburg

Paul Strübing, Greifswald

Hans Struwe, Ribnitz-Damgarten

Walter Tupack, Bln.-Köpenick

Max Voigt, Bln.-Fr'felde

Manfred Wetzel, Chemnitz

Käthe Will, Aschersleben/Staßfurt

Margot Wolf, Bln.-Weißensee

Ursula Ziggel, Bln.-Fr'hain

zum 75. Geburtstag:

Erwin Bach, Bln.-Köpenick

Helga Bahlke, Prenzlau

Gerhard Balzer, Bln.-Treptow

Herbert Berger, Dresden

Ingeborg Bretschneider, Pdm.-Stern

Joachim Dittmann, Bln.-Pankow

Ilse Dorau, Bln.-Fr'felde

Ottokar Endtmann, Hoyerswerda

Helmut Ehrhardt, Borkheide

Ursula Eilhauer, Bln.-Treptow

Manfred Enke, Bln.-Fr'felde

Irmgard Fechner, Bln.-Treptow

Frieder Feig, Bln.-Fr'hain

Edith Finke, Bln.-Marzahn

Wolfgang Gemeinhardt, Bln.-Fr'hain

Otto Geisler, Bln.-Hellersdorf

Georg Gläser, Zwickau

Ruth Gottschald, Starsow

Prof.Dr. Gerhard Greiner-Bär, Bln.-Treptow

Gerhard Große, Leipzig

Herbert Grützmacher, Neubr'bg.

Manfred Härtel, Strausberg

Heinz Hanitsch, Bln.-Hschih.

Günar Hartling, Bln.-Fr'felde

Gerhard Heiden, Ludwigslust

Günter Heinze, Bln.-Treptow

Günter Holtz, Bln.-Hschih.

Werner Itzigehl, Halberstadt

Udo Jäckel, Bln.-Pankow

Hanni Jäkel, Bln.-Treptow

Heinz Jeschke, Bln.-Fr'hain

Betti Kalbitz, Bln.-Fr'hain

Rolf Kaps, Erfurt

Heinz Kirschstein, Bernau

Waltraud König, Bernau

Werner Kopsch, Bln.-Treptow

Edgar Krause, Weißenfels

Ursula Krause, Bln.-Köpenick

Henriette Kraußer, Suhl

Käte Krug, Bln.-Marzahn

Karl Heinz Krug, Weißenfels

Siegfried Kruhl, Erfurt

Egon Kugel, Neubrandenburg

Herbert Kühling, Weißenfels

Rolf Langer, Mesebrug

Lieselotte Lehmann, Bln.-Fr'hain

Sonja Mahnert, Bln.-Lichtenberg

Siegfried Marschner, Bln.-Li'berg

Hubert Mücke, Stolzenhagen

Florian Naumann, Pdm.-Zentrum

Helmut Nitzschke, Weißenfels

Heinz Paulick, Bln.-Fr'felde

Horst Piepiorra, Cottbus

Rudi Pietschmann, Sassenz

Joachim Preißler, Leipzig

Herta Raue, Bln.- Hschih.

Werner Roggmann, Bln.- Hschih.

Horst Rubin, Forst

Hans-Joachim Rüffle, Krugsdorf

Gerhard Sachse, Bln.-Hellersd.

Walter Schindler, Bln.-Hellersd.

Gerhard Schulz, Schwerin

Gerhard Schulze, Bln.-Karlsh.

Horst Schulze, Groß Glienick

Joachim Schulze, Zeitz

Heinz Seifert, Cottbus

Siegfried Serfling, Jena

Walter Sitte, Halberstadt

Hans Skorka, Cottbus

Harald Sonntag, Schwarzenberg

Heinz Stallbaum, Bestensee

Ruth Stephan, Plauen

Karl-Heinz Steinbruch, Bln.-Hschih.

Konrad Strelow, Dresden

Kurt Teichert, Stralsund

Rudi Tischendorf, Bansin

Karl Vahl, Stralsund

Doris Weigel, Bln.-Hschih.

Klaus Westmann, Stralsund

Ingrid Wetzig, Annaberg

Heinz Wilde, Chemnitz

Anneliese Witte, Frankfurt/O

Die AG Recht informiert:

Widersprüche gegen Renten- und Kontoauskünfte

Vor dem Beginn einer Rente erteilen die Rentenversicherungsträger regelmäßig schriftliche Rentenauskünfte (§ 109 SGB VI) bzw. Bescheide über die Klärung des Versichertenkontos (§149 SGB VI).

Rentenauskünfte sind unverbindliche Mitteilungen über die Rentenhöhe. Deshalb ist ein Widerspruch dagegen unzulässig, auch dann, wenn die relativ geringe Rentenhöhe auf Entgeltkürzungen nach AAÜG zurückzuführen ist.

Bescheide über die Klärung des Versichertenkontos enthalten in der Regel eine Anlage über den Versicherungsverlauf, aus der die Entgeltkürzung nach AAÜG hervorgeht. Dies war bisher Anlass, schon gegen solche Bescheide Widerspruch zu erheben. **Die verbindliche Feststellung der Rentenhöhe erfolgt aber erst durch den Bescheid, mit dem eine Rente erstmals tatsächlich bewilligt wird. Erst dann ist ein Widerspruch z.B. gegen die Entgeltkürzung wegen der Zugehörigkeit zum MfS zulässig. Der Widerspruch sollte also erst gegen den Bescheid über die erstmalige Bewilligung einer Rente fristgemäß erhoben werden.** Dies sollte weiterhin damit verbunden werden, sogleich das Ruhen des Widerspruchs zu beantragen (vgl. **ISOR aktuell** 10/04, S. 4).

Von Widersprüchen gegen Rentenauskünfte und Bescheide über die Klärung des Versichertenkontos sollte dagegen künftig abgesehen werden. Wenn solche Widerspruchsverfahren bereits laufen und die Zustimmung des Rentenversicherungsträgers vorliegt, dass sie ruhen, sollte es dabei bleiben. Dagegen sollte man der Aufforderung durch den Rentenversicherungsträger, solche Widersprüche zurückzunehmen, nachkommen.

Wichtig bleibt der Widerspruch gegen den Erstrentenbescheid.

Die Geschäftsstelle teilt mit

Am Donnerstag, dem 24.03.05 entfällt die Sprechstunde der AG Recht am Sitz der Geschäftsstelle in Berlin.

Auf dem Büchermarkt:

In der Verlagsgruppe »edition Ost«, Verlag im Park, ist im November 2004 ein weiteres Buch über die Nationale Volksarmee der DDR erschienen.

Das Buch »Die Truppenluftabwehr der NVA«, herausgegeben von Paul Kneiphoff und Michael Brix, beschreibt eine Waffengattung der Landstreitkräfte, die zur Deckung von Truppen, Objekten und Räumen vor Schlägen gegnerischer Luftangriffsmittel bestimmt war.

In den Einzelbeiträgen werden durch Zeitzeugen persönliche Erlebnisse und Erinnerungen über die Entwicklung und Ausbildung sowie die Abwicklung der Truppenluftabwehr im Jahre 1990 beschrieben.

Die faktenreiche Darstellung mit einem kritischen Blick der Herausgeber und der anderen Militärs auf ihren Dienst ist mehr als ein Erinnerungsbuch.

Siegmund Töber
ISBN 3-89793-100-1 Preis: 19,90 EURO

Von Mitglied zu Mitglied:

Wanderfreunde »Sächsische Schweiz«, Urlaub im Polental Gasthof Rußigmühle nahe Hohnstein. Tel.: 035975 81695

Email: Russigmuehle@t-online.de



Ferienhaus in **Plau am See**; ca. 150 m bis zum See; differenziertes Rabattangebot Tel.: 038738 70421



Ferienwohnung in **Altlandsberg** bei Berlin ganzjährig – Tel.: 033438-671671
www.Altlandberg-Vermietung.de



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



KARL-HEINZ BELZER, Wismar
MANFRED ERNSZT, Neubrandenburg
PAUL FIEBIG, Bln.-Li'berg
JÜRGEN FORMOLO, Bln.-Fr'felde
ERICH FRENZEL, Delitzsch
HEINZ FUNKE, Schwerin
ALFRED GROHMAN, Hohen Neuendorf
MANFRED GRUSS, Zernsdorf
GERHARD HAHN, Erkner
MANFRED HEIDRICH, Dresden
HELGA KÄSEBERG, Bernau
HORST KAUFHOLD, Bln.-Hohenschön.
GÜNTER KNOOP, Bln.-Treptow
INGEBORG KÖNIG, Bln.-Fr'felde
HANNELORE KOPMANN, Wefensleben
EVA KULLIK, Neubrandenburg
WILLI LENZ, Schwerin
HEINRICH LIER, Meiningen
INGEBORG LUTHARDT, Bln.-Li'berg
THOMAS MATTHEY, Leipzig
MARIANNE MUNDT, Wismar
ALFRED PÄCH, Cottbus
FRIEDRICH REINSCHMIED, Schwerin
HORST ROHNE, Dresden
HEINZ RÜCKMANN, Bln.-Schmöckwitz
DR. DIETER SCHAFER, Pdm.-West
OTTOMAR SCHEFFLER, Geyer
ELFRIEDE SCHLAG, Prenzlau
GERD SCHMIDT, Bln.-Li'berg
MANFRED SCHUBERT, Gelenau
WALTER SIEGL, Gera
HERBERT STURM, Bln.-Hohenschön.
REINHARD WEBER, Gera
HERMANN ZEPTER, Frankfurt/O

Ehre ihrem Andenken.



Komfort-FEWO/-Zi. 4 Sterne - Prosp. anf. Schleusingen/Thür. Tel.. 036841-47598
www.thüringen.info/ratscherer-hoehe

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 23.02.05

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.03.05

Einstellung im Internet: 08.04.05

Auslieferung: 14.04.05

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstag 15 bis 18 Uhr.